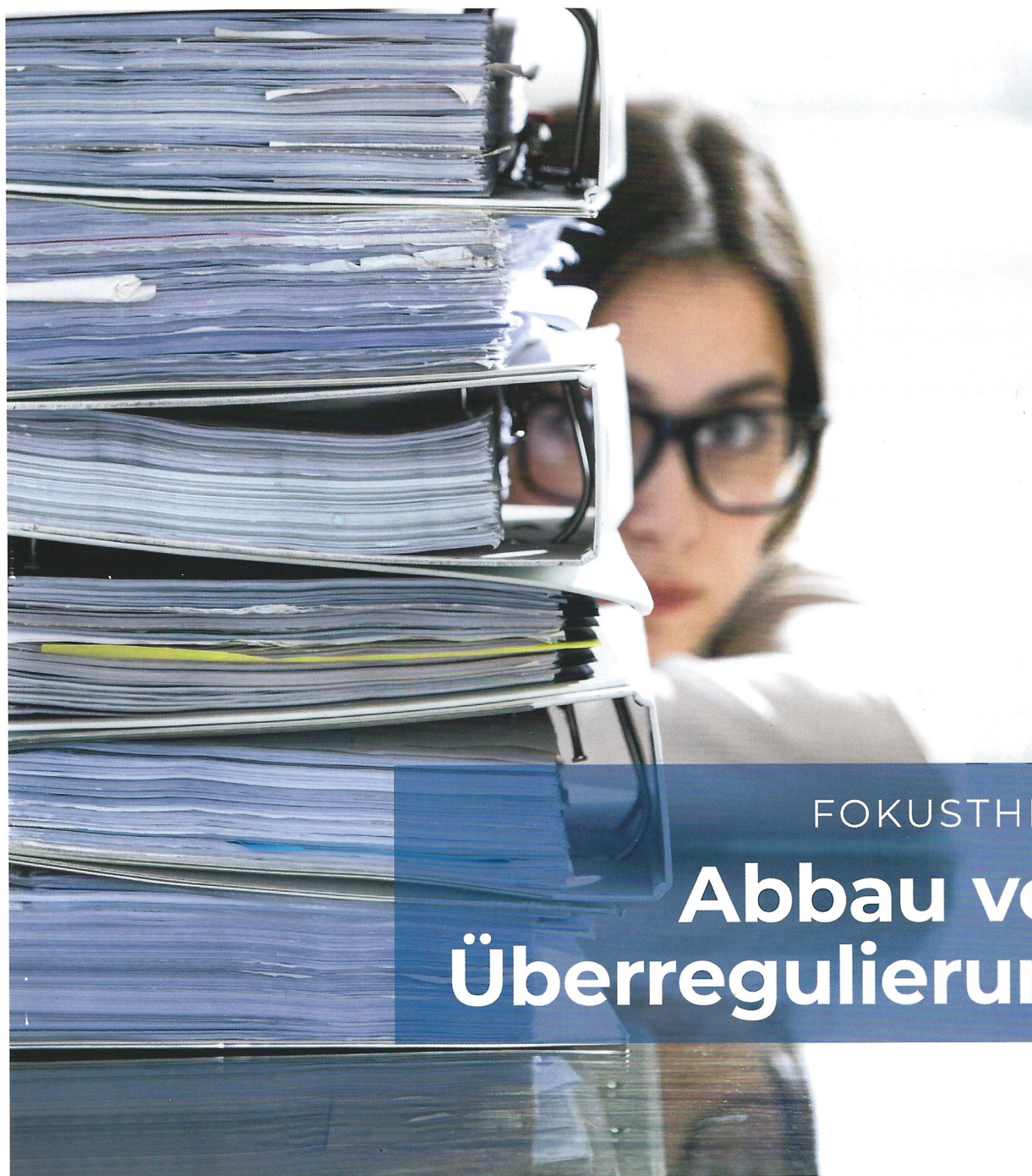


IHK WirtschaftsFORUM

Ihr Unternehmermagazin für die Region FrankfurtRheinMain

A 4836 | Jahrgang 148



FOKUSTHEMA

Abbau von Überregulierung

**34_ Flexibel und
nachhaltig pendeln**
Mitfahr-App

**42_ Gemeinsam zu
mehr Nachhaltigkeit**
Gewerbegebiete

**50_ Hohe Akzeptanz
der IHK-Magazine**
Forsa-Studie

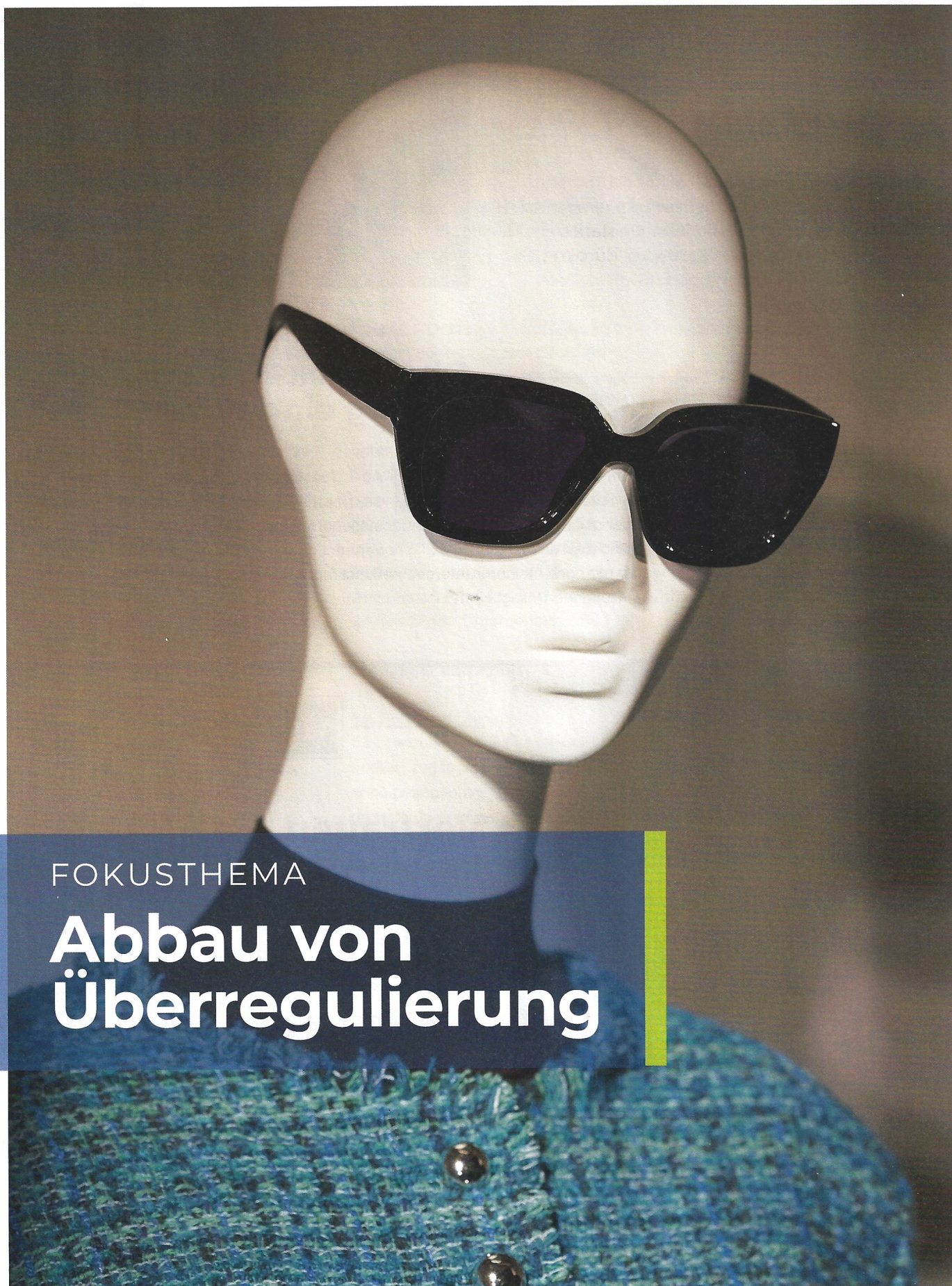


Foto: Picture Alliance / Zoonar, Heiko Kueverling

FOKUSTHEMA

Abbau von Überregulierung

Bürokratie kommt selten allein

Die deutsche Wirtschaft ächzt unter Überregulierung. Auch der Einzelhandel ist eine Branche, die hiervon stark betroffen ist. In der Titelstory berichten Frankfurter Ladeninhaber, wie ihnen Bürokratie im Geschäftsalltag das Leben schwer macht.

Eigentlich macht Sybille Nolte ihr Job Spaß. Vor 15 Jahren gründete sie den Hessen Shop, ein Multi-Channel-Unternehmen mit vier Standorten in Frankfurt und einem großen Onlineshop. Die Produkte mit regionalem Charakter kommen bei den Kunden gut an – von Bembeln über Servietten und Geschirrtücher mit Motiven der Grünen Soße bis hin zu Bettwäsche mit peppigen Sprüchen. Das Sortiment umfasst mittlerweile 2700 Artikel. Doch neben dem ständigen Personalmangel macht die Überregulierung im Einzelhandel der Unternehmerin das Unternehmertum schwer. „Die Bürokratie hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Die vielen neuen Verordnungen helfen weder mir noch meinem Unternehmen, halten mich aber davon ab, mein Geschäft voranzubringen“, sagt Nolte und spricht vielen Kollegen aus der Seele.

„Bei manchen Regeln fehlt die Verhältnismäßigkeit“

Das löst bei den Händlern Frustration aus. „Kein Unternehmen in unserer Größenordnung kann es sich leisten, eigens einen Mitarbeiter einzustellen, der sich nur mit alten und neuen gesetzlichen Anforderungen beschäftigt. So landen die Aufgaben bei mir.“ Und so kann Nolte selbst bandwurmartige Gesetzestitel aus dem Stegreif nennen, angefangen von Bedarfsgegenstandsverordnung (BedGgstV) über Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) bis hin zur EU-Verpackungsverordnung (PPWR) mit dem Verpackungsmittelregister Lucid und dem Verpackungslizenzierer Landbell.

Einzelhandel besonders betroffen

Die Überregulierung trifft den Einzelhandel als drittgrößten Arbeitgeber Hessens hart. Laut Handelsverband Hessen beschäftigten die Händler im vergangenen Jahr 225.000 Mitarbeiter und damit 2.000 weniger als 2023. Sie setzten 58 Milliarden Euro um nach 55 Milliarden Euro im Jahr 2023. Tagtäglich kaufen Millionen Verbraucher im hessischen Einzelhandel ein – im Supermarkt und beim Gemüsehändler, im Kaufhaus und im Internet, im Fachhandel und im Shoppingcenter. „Anders als die Industrie können Einzelhändler aber nicht ins Ausland abwandern, weil sie dort bessere Bedingungen vorfinden. Umso wichtiger ist es, dass die Standortbedingungen in Deutschland stimmen“, sagt Jochen Ruths, Präsident vom Handelsverband Hessen, der als geschäftsführender Gesellschafter des Bekleidungshauses



IHK ONLINE

Weitere Infos zum Wirtschafts- und Steuerrecht finden Sie auf unserer Homepage:

www.frankfurt-main.ihk.de/recht



Sybille Nolte, geschäftsführende Gesellschafterin, Hessen Shop: „Die vielen neuen Verordnungen helfen weder mir noch meinem Unternehmen, halten mich aber davon ab, mein Geschäft voranzubringen.“

Peter Ruths, Friedberg, auch im eigenen Unternehmen erlebt, wie die Bürokratie den Alltag erschwert.

Jüngst wurde er verpflichtet, im Aufzug seiner Firma, der nur fünf Stockwerke bedient, einen Warnhinweis zu montieren, dass im Falle eines Hackerangriffs auf das Stromnetz der Notruf gegeben

nenfalls nicht funktioniert. Für Ruths steht fest: „Bei manchen Regeln fehlt die Verhältnismäßigkeit. Wir brauchen diese Überreglementierung nicht, man muss auch Verantwortung abgeben können.“ Und bei jedem Gesetz sollte hinterfragt werden, ob es tatsächlich für alle Händler gleichermaßen relevant sei oder nicht zumindest kleinere Unterneh-

HIHK-Bürokratiemelder

Mit Ihrer Expertise aus der Unternehmerpraxis unterstützen Sie uns dabei, konkrete Forderungen zum Bürokratieabbau zu formulieren. So können auch Sie maßgeblich dazu beitragen, bereits regionale bürokratische Hemmnisse in Hessen abzubauen. Melden Sie uns bürokratische Hemmnisse aus Ihrem Geschäftsalltag per E-Mail unter zukunfts gestalten@frankfurt-main.ihk.de oder nutzen Sie das Onlineformular auf der HIHK-Homepage:



men etwa von aufwendigen Berichtspflichten ausgenommen werden können. „Sonst bleibt für die eigentliche Aufgabe zu wenig Zeit.“

Lage verschärft sich

Drei Viertel der befragten Händler sehen in der zunehmenden Regulierung einen negativen Einfluss auf ihr Geschäftsmodell, heißt es in der dritten IHK-ibi-Handelsstudie, die im Dezember 2024 veröffentlicht wurde. Jeder Vierte fühlt sich durch die Bürokratie sehr stark gebremst. Je nach Unternehmensgröße fällt das Urteil über die Gesetze sehr unterschiedlich aus. Das Verpackungsgesetz etwa beurteilen kleine Unternehmen deutlich negativer als große Unternehmen (29 Prozent gegenüber 13 Prozent). Laut der Studie wendet selbst ein kleines Unternehmen 38 Stunden im Monat für die Bürokratie auf, bei einem großen fallen sogar 217 Stunden an. Es entstehen monatliche Kosten von 2.215 beziehungsweise 16.500 Euro.

Trotz Dauerdiskussionen über Bürokratieabbau verschärft sich die Lage sogar noch. In einer Umfrage des Handelsverbandes Deutschland (HDE) von 2024 stellen 97 Prozent für die vergangenen fünf Jahre einen Negativtrend hinsichtlich der bürokratischen Belas-

DIE BÜROKRATIELAST

- Laut ifo-Institut entgehen Deutschland jährlich bis zu 146 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung aufgrund überbordender Bürokratie.
- Unternehmen schätzen, dass die durch Bürokratie verursachten Kosten durchschnittlich sechs Prozent ihres Umsatzes ausmachen.
- Angestellte verbringen im Durchschnitt 22 Prozent ihrer Arbeitszeit mit bürokratischen Tätigkeiten.
- Aufgrund der Komplexität bürokratischer Anforderungen beauftragen 80 Prozent der Unternehmen externe Dienstleister mit der Bearbeitung dieser Aufgaben.

DREI FRAGEN AN



Lutz Goebel, Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) über die Aufgaben des unabhängigen, gesetzlich verankerten Gremiums der Bundesregierung und darüber, was andere europäische Länder in Sachen Bürokratieabbau besser machen

Herr Goebel, welche Rolle spielt der Normenkontrollrat beim Bürokratieabbau?

Der NKR setzt sich für weniger Bürokratie, bessere Gesetze und eine digitale Verwaltung ein. Er überprüft, welche Kosten neue Gesetze verursachen, ob praxistauglichere Alternativen bestehen und wie eine gute digitale Ausführung erreicht werden kann.

Können Sie Beispiele nennen, welche Projekte der NKR vorangetrieben hat?

Wir haben uns beispielsweise dafür eingesetzt, die Schwellenwerte zur Bestimmung der Unternehmensgrößen im Bilanzrecht um 25 Prozent anzuheben. Auch das Berufsbildungsvolidierungs- und -digitalisierungsgesetz von 2024 greift die Empfehlungen des NKR zum Abbau von Schriftformerfordernissen auf und ermöglicht es, Ausbildungsverträge nun auch digital zu schließen.

Gibt es internationale Best Practices, von denen Deutschland lernen kann?

Deutschland kann in Sachen Bürokratieabbau insbesondere von Skandinavien lernen. Dort versteht man Bürokratie nicht als Selbstzweck, sondern als partnerschaftlichen Prozess zwischen Verwaltung und Bürgern.

Die Fragen stellte Carmen Tontsch, IHK Frankfurt.

Fachwissen für Vermieter – jetzt auch für die Ohren



Haus & Grund®
Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.
Frankfurt am Main

**Der Podcast für Eigentümer und private Vermieter –
jetzt Reinhören und mehr wissen:**

**Neue
Folgen
online!**

Hier finden Sie uns:



Apple Podcast



Spotify

Haus & Grund Frankfurt am Main e.V. | Grüneburgweg 64
60322 Frankfurt am Main Telefon: (069) 95 92 91-0
willkommen@haus-grund.org | www.haus-grund.org



Foto: © contrastwerkstatt | Adobe Stock

Whitepaper übergeben

Am 30. September wurde das „Whitepaper zum Bürokratieabbau“ im Rahmen einer Veranstaltung im Wiesbadener Kurhaus an den hessischen Minister für Entbürokratisierung, Manfred Pentz, übergeben. Das Weißbuch wurde von den hessischen Kammern erarbeitet. Sie haben darin Beispiele für bürokratische Hemmnisse aus ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen zusammengetragen und Lösungsvorschläge unterbreitet.



tungen fest, zwei Drittel sprechen von einer deutlichen Erhöhung der Überregulierung. Jedes zweite Unternehmen sieht den Bund als größten Bürokratietreiber, für jedes vierte ist es die EU. Kleine Unternehmen kämpfen zudem auch noch mit Überregulierung in Bundesländern, Städten, Gemeinden und Landkreisen. Am stärksten belasten die umfangreichen Dokumentations- und Berichtspflichten. Für Ruths steht fest: „Nach einem Jahr gehört jede neue Verordnung auf den Prüfstand, ob und wie sie ihre Ziele erfüllt hat.“ Immerhin eine gute Nachricht: Die künftige Bundesregierung plant das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) abzuschaffen.

Ladenöffnung flexibilisieren

Wenn man die Innenstädte beleben wolle, könne man darüber diskutieren, die Ladenöffnung zu flexibilisieren, findet Ruths. „Wenn wir mit dem HDE unterwegs sind – egal ob in Frankreich, Italien oder Benelux –, können sie überall in gut besuchten Citys sonntags einkaufen gehen.“ Viele Vorschläge zum Abbau der Bürokratie adressiert der HDE Hessen an Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung sowie Mitglied des Hessischen Landtags.

Dazu gehört auch die seit Mitte 2024 geltende Bedarfsgegenstandsverordnung. Die neue Meldepflicht regelt das Inverkehrbringen von Gegenständen mit Lebensmittelkontakt, sei es bei Herstellung, Handel, Verbrauch und Verzehr. In Frankfurt etwa müssen diese in einer EU-Verordnung aufgelisteten Gegenstände beim Ordnungsamt – Amt für Veterinärwesen gemeldet werden. Ruths hat mit Händlern gesprochen, die bereits Besuch von der Behörde bekommen haben: „Deren Mitarbeitende wussten aber gar nicht, was sie vor Ort kontrollieren sollen.“ Auch bei der IHK Frankfurt gingen schon zahlreiche Beschwerden gegen diese neue Verordnung ein.

Angesichts der Gesetzesflut wird es gerade für kleinere Händler immer schwieriger, den Überblick zu behalten. Vom Barrierefreiheitsstärkungsgesetz etwa, das Ende Juni in Kraft tritt, haben einige noch gar nichts gehört. Die Lust auf das

Unternehmertum in einer für alle Konsumenten wichtigen Branche wollen sich viele trotzdem nicht nehmen lassen. Zum Beispiel Timo Wiegand. Den Sprung ins kalte Wasser hat der 40-Jährige gut gemeistert. Im Juli 2022, die Coronapandemie schwächte sich gerade ab, wechselte der Soziologe das Fach und übernahm die Buchhandlung „Buch und Wein“ in Frankfurts längster Einkaufsstraße, der Berger Straße. „Ich wurde damals vom Kunden zum Käufer. Es war eine gute Gelegenheit und ich habe mir die Aufgabe zugetraut“, erinnert sich Wiegand. Nach drei Jahren fällt seine Bilanz positiv aus. Die Umsätze steigen, das Geschäft läuft gut.

Lohnkosten steigen weiter

Sorgen bereiten dem Unternehmer aber die immer höheren Lohnkosten, die er wegen der Buchpreisbindung nicht weitergeben kann, sowie die Bürokratie. Auf ein offenes Ohr der kommunalen



Foto: Handelsverband Hessen

Jochen Ruths, Präsident, Handelsverband Hessen: „Anders als die Industrie können Einzelhändler nicht ins Ausland abwandern, weil sie dort bessere Bedingungen vorfinden.“

Verwaltung ist der Unternehmer jedoch dringend angewiesen. Auf kleiner Fläche von 54 Quadratmetern verkauft das Geschäft Gegenwartsliteratur, politische Sachbücher und Kinderbücher sowie importierte Weine von 20 handwerklich arbeitenden Winzern aus Europa. „Um den Weinverkauf zu stärken, muss man Wein ausschenken“, ist Wiegand überzeugt. Erfolgreich stellte er im vergangenen Jahr einen Antrag, um eine kleine Außengastronomie mit Tischen und 25 Stühlen betreiben zu dürfen. Wiegand serviert seine Weine, für das leibliche Wohl sorgt während seiner Ladenöffnung bis 20 Uhr das benachbarte Restaurant.

Lebendige Orte in der Stadt

Um im Viertel sichtbarer zu werden, würde der Händler seine Fläche auf dem Trottoir gern verdoppeln. Dafür müsste allerdings ein fest verbauter Fahrradständer umgesetzt werden, zum Beispiel auf einen benachbarten Parkplatz. Seit Februar läuft Wiegands Antrag, mehrfach hat er gemalt, telefoniert und wie bei seinem ersten Antrag auch die Wirtschaftsförderung Frankfurt eingeschaltet. Noch hat sich aber nichts getan und der Sommer steht vor der Tür. „Die Einzelhändler sind hier alle sehr engagiert, wollen lebendige Orte in der Stadt schaffen, laufen aber häufig ins Leere, was sehr ärgerlich ist“, stellt Wiegand fest.

Mit dem Aufstieg von Amazon und Co. seit Mitte der Neunzigerjahre nahm einerseits der Druck selbst auf kleine Händler zu, im Netz Flagge zeigen zu müssen. Andererseits eröffnete sich auch eine Chance, online einen größeren Kundenkreis adressieren zu können. Doch Schlag auf Schlag folgen Gesetze, die vor allem dem Mittelstand das Leben und manchmal gar das Überleben schwer machen. Mit dem Inkrafttreten des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes Ende Juni etwa müssen Unternehmen, auch Online-Shops, sicherstellen, dass ihre Produkte und Dienstleistungen für



Foto: Goetzke Photographie

Timo Wiegand, Geschäftsführer, Buch und Wein: „Die Einzelhändler in der Berger Straße sind alle sehr engagiert, wollen lebendige Orte in der Stadt schaffen, laufen aber häufig ins Leere, was sehr ärgerlich ist.“

Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt zugänglich sind.

Bußgelder drohen

Dies bedeutet, dass Informationen und Bedienungen über verschiedene Sinneskanäle zugänglich sein müs-

sen, beispielsweise Vorlesefunktionen oder visuelle Anpassungen wie Schriftgröße und Kontrast. Ausnahmen gelten für Kleinunternehmen. Bei Nichteinhaltung drohen Abmahnungen und im schlimmsten Fall Bußgelder bis zu 100000 Euro. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Gesetzgeber der E-Com-

DIE ZEITFRESSER

Die Top Fünf der aufwendigsten Statistiken für die Wirtschaft:

- Extrahandel (Warenverkehr mit Drittländern) – Einfuhr und Ausfuhr
- Intrahandel (Warenverkehr zwischen EU-Mitgliedstaaten) – Eingang und Versendung
- Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung sowie Produktionserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Strukturstatistik im Handels- und Dienstleistungsbereich

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis)

merce-Branche mit der Produktsicherheitsverordnung (GPSR) arg zugesetzt. Viele Onlinehändler mussten deshalb ihr Angebot überarbeiten. Laut der Jahresstudie 2024 des Händlerbundes machen nicht nur Inflation und Kaufzurückhaltung den Onlinehändlern zu schaffen (64 Prozent), sondern auch die neue GPSR-Verordnung (43 Prozent). In Folge waren 21 Prozent der Befragten sehr unzufrieden mit ihrer Situation (15 Prozent im Vorjahr).

Verkauf über Amazon

Doch nicht allen Händlern bereiten die Änderungen schlaflose Nächte. Bei Wein und Buch etwa läuft der Webshop über eine White-Label-Lösung des Buchgroßhändlers, der Shop wurde also vom Großhändler aufgesetzt, firmiert aber unter dem Namen von Wein und Buch. Den Versand managt Wiegand selbst. „Das Gros der Bücher verkaufen wir stationär an Kunden aus der Umgebung“, so der Inhaber. Wegen der geringen Versandmengen, für die der Händler überwiegend die gebrauchten Versandtaschen der gelieferten Bücher nutzt, fällt er nicht unter das Verpackungsgesetz. Und bei Neuerungen im Onlinehandel, etwa dem Barriere-



Foto: Goetzke Photographie

Frank Huber, Geschäftsführer, Makaanatrend: Seit der deutlichen Kostenerhöhung für diverse Werbemittel durch die Stadt Frankfurt bleibt sein Kundenstopper im Laden.

freiheitsstärkungsgesetz, fühlt sich Wiegand auf der sicheren Seite. „Da wir eine White-Label-Lösung nutzen, setzt der Support des Buchgroßhändlers solche Änderungen für alle Händler direkt im System um.“

Frank Huber von Makaanatrend betreibt zwar einen eigenen Webshop für Geschenkartikel, aber das Gros der Waren verkaufen die Frankfurter über die Plattform von Amazon: „Da gelten sehr strenge Regeln und wir können sicher sein, dass wir nichts übersehen.“ So geht es auch Sybille Nolte. Zur aktuellen Gesetzeslage bekommt sie regelmäßig Informationen von der IHK Frankfurt. Ihr Onlineshop ist an den Händlerbund angeschlossen, der Merkblätter etwa über Regeln zu neuen Produktgruppen verschickt: „Ich kann dann entscheiden, ob wir diese Gruppen überhaupt aufnehmen wollen oder uns das Risiko zu

groß ist, etwa bei Batteriebestimmungen und Rücknahmepflichten bei Elektrogeräten.“

Verpackungsgesetz

Wie Huber liegen auch Nolte Umweltschutz und Nachhaltigkeit am Herzen. „Sicher brauchen wir ein Verpackungsgesetz, aber der damit verbundene Aufwand ist viel zu groß“, betont sie. Konkret heißt das: In Verkehr gebrachte Verpackungsmengen muss die Unternehmerin zweimal im Jahr beim Verpackungsregister Lucid und beim Verpackungslizenzierer Landbell melden. Hinzu kommen Planmengen von Versandkartons, Klebeband, Verpackungen wie Senfgläsern inklusive Anzahl und Gewicht der Aluminiumdeckel. Alle Angaben trägt Nolte in Excel-Tabellen ein, um die gesamten Werte zu ermitteln und dann in die Portale der beiden Stel-

Bürokratiekostenindex

Die bürokratische Belastung von Unternehmen greifbar machen und deren Entwicklung im Zeitverlauf aufzeigen – darauf zielt der Bürokratiekostenindex (BKI). Der Fokus liegt dabei vor allem auf dem Aufwand von Unternehmen für die Erledigung des klassischen Papierkrams. Dazu gehört das Stellen von Anträgen, die Durchführung von Meldungen, Kennzeichnungen, Meldungen für Statistiken oder das Erbringen von Nachweisen. Bürokratiekosten sind somit als Teilbereich des Erfüllungsaufwands zu verstehen.

www.destatis.de Bürokratiekostenindex

Wirtschaft und Verwaltung von unnötiger Bürokratie befreien

Das Ausmaß an Bürokratie ist zu einem enormen Belastungsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa geworden. Hiesige Unternehmen sind mit einer Vielzahl von Berichts-, Nachweis-, Statistik- und Dokumentationspflichten konfrontiert – und die Zahl der Anforderungen steigt stetig weiter. Nicht nur die Anzahl der Regelungen, auch der Detaillierungsgrad und die Anwendungsbereiche von europäischen Richtlinien und Verordnungen sowie nationalen Regelungen überschneidet sich häufig. In der Wahrnehmung der Unternehmen entfernt sich die Regulierung immer mehr von ihrem Ziel, ein einheitliches, kohärentes und praktikables System zu schaffen.

Im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft und den verfügbaren Ressourcen ist die Belastung durch Bürokratie für kleine und mittelständische Unternehmen tendenziell stärker als für größere Unternehmen. Gleichzeitig sind große Unternehmen von einer Vielzahl von Anforderungen und Berichtspflichten betroffen. In den Umfragen der IHK-Organisation steht die Bürokratiebelastung daher regelmäßig oben auf der Agenda, die die Unternehmen in der Breite an die Politik adressieren. Unternehmen wünschen sich einen spürbaren Abbau von unnötiger Bürokratie, wieder mehr unternehmerische Freiheit und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.



Leitlinien des wirtschaftspolitischen Handelns:

- Regulatorische Vorgaben evaluieren und doppelte Informations- und Berichtspflichten abbauen
- Durch Praxis-, Digital- und KMU-Checks frühzeitig Bürokratie vermeiden
- Wirkungen von neuen Regelungen realistischer schätzen; Folgenabschätzungen bei allen wirtschaftsrelevanten Gesetzen durchführen
- One-in-one-out-Regel wirksam werden lassen und erweitern
- Verständliche, verlässliche und praxisnahe bessere Rechtsetzung
- Die einheitliche Umsetzung von Richtlinien und Verordnungen in den Mitgliedstaaten besser kontrollieren und Gold-Plating vermeiden

www.frankfurt-main.ihk.de

 Bürokratie Steuerrecht

IMMOBILIE DES MONATS

Solide Basis, effizienter Betrieb und langfristiges Potenzial
Obertshausen
Objekt ID: 1698
Kaufpreis: auf Anfrage



 ca. 4.795 m²  ca. 2.800 m²
Energieausweise liegen nicht vor.

Haben wir Ihr Interesse für diese einzigartige Immobilie geweckt?

Dann rufen Sie einfach Jennifer Peters in unserem Frankfurter Büro unter 069 - 23 80 79 30 an oder schreiben Sie uns eine Email an jennifer.peters@ppsir.de.

Peters
& Peters

Sotheby's
INTERNATIONAL REALTY

Sie möchten Ihre Immobilie zeitnah verkaufen und u. a. hier bewerben?

Dann rufen Sie einfach Olivier Peters in unserem Frankfurter Büro unter 069 - 23 80 79 30 an oder schreiben Sie uns eine Email an olivier.peters@ppsir.de.

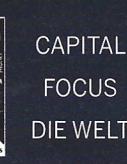


Wir freuen uns auf Sie!



Mitglied der
**FRANKFURTER
IMMOBILIENBÖRSE**
bei der IHK Frankfurt am Main

MEHRFACH AUSGEZEICHNETER SERVICE



SOTHEBY'S INTERNATIONAL REALTY
1.100 BÜROS 26.100 MAKLER 84 LÄNDER

Danziger Straße 50 a
65191 Wiesbaden
0611 - 89 05 92 10

Arndtstraße 24
60325 Frankfurt
069 - 23 80 79 30

Louisenstraße 84
61348 Bad Homburg
06172 - 94 49 153

peters-sothebysrealty.com

Die Magazine werden dabei nicht nur gelesen, sondern auch geschätzt: 62 Prozent empfinden die Inhalte als „nützlich“ oder „sehr nützlich“ für ihre berufliche Tätigkeit. Entsprechend hoch ist die Relevanz des gedruckten Formats: 63 Prozent der Befragten beurteilen die Printausgabe als „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Damit bleibt das klassische Printformat ganz oben auf der Beliebtheitsskala. Im Vergleich dazu nutzen lediglich 18 Prozent die E-Paper-Version häufig, und auch das Magazin auf den Internetseiten der IHKs wird nur von 14 Prozent regelmäßig gelesen. Apps für die IHK-Magazine spielen mit drei Prozent häufig eine eher marginale Rolle.

Attraktive und nutzwertige Inhalte

Inhaltlich überzeugen vor allem Firmenporträts, die mit 59 Prozent den Spitzenplatz einnehmen. Unternehmensnachrichten folgen mit 53 Prozent. Themen wie „Innovation und Digitalisierung“ (44 Prozent) sowie „Standortpolitik und Interessenvertretung“ (40 Prozent) sind ebenfalls stark nachgefragt. Hinzu kommen organisatorische Informationen wie Veranstaltungshinweise (39 Prozent). Was die bevorzugten Formate betrifft, liegen Kurzmeldungen zu aktuellen Themen mit 70 Prozent klar vorne, gefolgt von serviceorientierten Artikeln (52 Prozent) und Interviews (51 Prozent).

Aussagen früherer Studien bestätigt

Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen damit die Aussagen früherer Studien. So ermittelte Bonsai Research im Jahr 2023, dass bundesweit durchschnittlich 1,7 Millionen Leser pro Ausgabe der IHK-Magazine erreicht werden – dies entspricht 41 Prozent der Entscheider im Mittelstand. Auch die IHK-Mitgliederakzeptanzstudie aus dem Jahr 2021 unterstreicht, dass kein anderes Medium der IHKs vergleichbare Reichweiten erzielt: 56 Prozent der Mitglieder greifen auf die Magazine zurück, während die IHKs via Social Media nur acht Prozent der Zielgruppe erreichen.

„Die IHK-Magazine und auch das IHK WirtschaftsForum sind tragende Säulen der Kommunikation zu unseren Mitgliedsunternehmen“, betont Patricia C. Borna, Geschäftsführerin Unternehmenskommunikation, IHK Frankfurt. Die intensive Nutzung und Akzeptanz zeigten, dass die Magazine auch in der digitalen Ära unverzichtbar blieben: „Das IHK WirtschaftsForum bietet unseren Mitgliedern in Frankfurt sowie den Landkreisen Hochtaunus und Main-Taunus eine wertvolle Kombination aus praxisrelevanten Informationen, spannenden Unternehmensporträts, einer Übersicht über unsere Services und starke Impulse für die Vernetzung der Wirtschaft.“



IHK ONLINE

Hier können Sie die Onlineausgaben des IHK WirtschaftsForums aufrufen:



DER AUTOR



Foto: DIHK / Aidan Perry

Thilo Kunze

Bereich Kommunikation, Leiter Infocenter, DIHK, Berlin

kunze.thilo@dihk.de

IHK Akademie Koblenz
Ausgezeichnet weiterkommen.

Weiterbildungen im HR:
Praxisnah und zielgerichtet.
Wir begleiten dich vom Einstieg
bis zur strategischen Führung!

Jetzt direkt
anmelden!

**DEIN TALENT.
DEINE KARRIERE.
DEIN ERFOLG IM PERSONAL!**

Preis zwar auf 960 Euro jährlich. Für Huber ist das aber immer noch viel zu viel. Sein Kundenstopper bleibt seitdem im Laden. Bei Isabelle Routisseau, Inhaberin der Galerie Hake, steht das beliebte Werbemittel in ihrer Einfahrt und damit auf einem Privatgrundstück direkt neben dem Geschäft. Deshalb zahlt sie nichts.

E-Rechnungen

Ärger gab es trotzdem schon. „Wenn Nachbarn, die die Einfahrt gleichfalls nutzen, den Kundenstopper etwas verrücken und damit in Richtung öffentliches Grundstück, gibt es gleich eine Verwarnung.“ So sind es gar nicht nur die großen Gesetze auf deutscher oder europäischer Ebene, die den Alltag erschweren. Der Teufel steckt oftmals im Detail. In ihrer Galerie rahmt Routisseau Bilder aller Art, verkauft zudem Werke Frankfurter Künstler und Kunstdrucke. Um das Einkaufserlebnis noch attraktiver zu machen, bot die Galerie auch eine kleine Gastronomie an. „Im Laufe

der Jahre gab es so viele, oft sinnlose Auflagen, sodass wir die Gastronomie schließlich eingestellt haben.“

Das nächste Thema ist schon wieder etwas komplexer. Seit 1. Januar müssen grundsätzlich alle Unternehmen, auch Kleinunternehmer, in der Lage sein, elektronische Rechnungen zu empfangen. Der Versand von E-Rechnungen wird ebenfalls zu einem späteren Zeitpunkt für alle Unternehmen zur Pflicht, allerdings wird es Übergangsregelungen geben. „Anders als große Unternehmen haben wir natürlich keine IT-Abteilung, die sich um solche Prozesse kümmern kann.“ Immerhin: Schon länger wollte die Galeristin Blumenkübel an ihrem Eingang positionieren. Erfolgreich stellte sie beim Grünflächenamt der Stadt Frankfurt einen Antrag auf eine Blumenkübelpatenschaft. Und die ist sogar gebührenfrei. Routisseau bringt auf den Punkt, wie viele Kollegen denken: „Sie haben gerade ein Gesetz im Alltag eingearbeitet und schon kommt das nächste.“



DIE AUTORIN



Eli Hamacher

Freie Journalistin, Berlin
eh@eliamacher.de

DREI FRAGEN AN



Manfred Pentz, hessischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, über den Online-Bürokratiemelder und das Sounding Board des Landes Hessen

Herr Pentz, konnten Sie schon Anregungen, die im Bürokratie-Melder eingegangen sind, umsetzen?

Wir sind dankbar für die vielen Vorschläge. Im Bündnis gegen Bürokratie treffen wir uns regelmäßig mit Verbänden, Kommunen und den Gewerkschaften. Daraus ist zum Beispiel unser Gesetzentwurf im Bundesrat zur Begrenzung der Halterhaftung bei Dienstfahrzeugen entstanden.

Etwa 40 bis 50 Prozent der deutschen Gesetze setzen EU-Vorgaben um. Wie gehen Sie mit dieser Herausforderung um?

Es sind sogar 60 bis 70 Prozent. In Brüssel haben wir als erstes Bundesland ein Sounding Board eingerichtet. Das ist ein Bürokratie-Check noch während des Entstehungsprozesses von Vorschriften.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Bürokratie für die hessische Wirtschaft spürbar zu reduzieren?

Vergabeverfahren sollen vereinfacht, Förderrichtlinien verschlankt, Doku-

mentationspflichten für Unternehmen gestrichen und Abschlüsse von ausländischen Fachkräften schneller anerkannt werden. Die Maßgabe ist klar: Unternehmen, Bürger und Verwaltung entlasten, wo es nur geht.

Die Fragen stellte Marc Weigand, IHK Frankfurt.